

NIEDERSCHRIFT

über die 40. Beratung des Finanzausschusses am 22.08.2013

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10; Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:35 Uhr
Ende: 21:20 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Eröffnung der Sitzung des Finanzausschusses und Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur heutigen Sitzung an alle Finanzausschussmitglieder ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgte.

Die Beschlussfähigkeit kann festgestellt werden, es sind 6 Gemeindevertreter anwesend.

Für die heutige Sitzung sind entschuldigt:

Frau Vogdt
Herr von Wnuk-Lipinski
Frau Brüske-Dierker
Herr Dr. Buchelt
Herr Jerzembek
Herr Kuntzsch

Herr Warnick gratuliert, auch im Namen der Mitglieder des Finanzausschusses, Frau Grohs zu ihrem heutigen Geburtstag.

TOP 2 Ergänzung und Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 22. August 2013

Herr Templin äußert vorab die Bitte, den Tagesordnungspunkt 18 „Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2013; Stichtag 30.06.2013“ vorzuziehen, als neuen TOP 6.

Die Kämmerin, Frau Grohs, sieht das Vorziehen des TOP's als unproblematisch.

Des Weiteren informiert Herr Warnick, dass Herr Weigert um Rederecht zum Tagesordnungspunkt 12 „Errichtungsbeschluss zum Gehwegbau „Meiereifeld und Uhlenhorst zwischen Zehlendorfer Damm und Ernst-Thälmann-Straße“ gebeten hat.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung am 22. August 2013 wird durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Warnick, festgestellt.

Die neue Reihenfolge der Tagesordnung lautet:

TOP 6 Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2013;
Stichtag 30.06.2013

TOP 7 Errichtungsbeschluss für den Erwerb einer Hubarbeitsbühne für die Freiwillige
Feuerwehr Kleinmachnow

**TOP 3 Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der
Sitzung des Finanzausschusses vom 30. Mai 2013**

Herr Warnick informiert, dass es seitens Herrn Dr. Buchelt Einwendungen zum Protokoll gibt. Da sich Herr Dr. Buchelt urlaubsbedingt zur heutigen Sitzung des Finanzausschusses entschuldigt hat, wird die Feststellung des Protokolls des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses vom 30. Mai 2013 auf die nächste Sitzung verlagert.

Frau Schwarzkopf möchte gern wissen, welche Einwendungen Herr Dr. Buchelt zum Protokoll hat.

Dazu führt Herr Warnick aus, dass es bei den Einwendungen um den Tagesordnungspunkt 8 „Installation einer einheitlichen Brandmelde- und Alarmierungsanlage in der Eigenherd-Schule Kleinmachnow nebst Sporthalle und angeschlossenen Hort“ geht. Die Einwendungen und die wörtliche Protokollierung von Herrn Dr. Buchelt hat Herr Warnick vorliegen. Beides erhält Frau Schwarzkopf von Herrn Warnick während der Sitzung zur Einsicht.

**TOP 4 Überprüfung der Festlegungen aus dem Sitzungsprotokoll vom
30. Mai 2013**

	aus dem Protokoll Nr. 35	
F 81/35.12	Die Verwaltung möge eine Aufstellung der Investitionen (Bau und Ausstattung) für die drei Grundschulen und den KITA's in den letzten 8 Jahren erarbeiten und was in den nächsten 5 Jahren noch zu erwarten ist.	Termin: September 2013 Frau Konrad
	aus dem Protokoll Nr. 39	
F 89/39.13	Die Verwaltung möge eine Aussage geben, wie viel Arbeitsverträge im Jahr 2014 auslaufen. Können dann die Arbeitsaufgaben anderweitig verteilt werden?	Termin: 22.08.2013 Herr Piecha erledigt; per Post 12.08.13

TOP 5	Information zum Stand: Neubau einer zweizügigen Grundschule mit Hort und Außenanlagen auf dem Grundstück Adolf-Grimme-Ring 7 in Kleinmachnow	INFO 016/13
--------------	---	--------------------

Frau Grohs erläutert die vorliegende Informationsvorlage.

Zur Sitzung der Gemeindevertretung am 19. September 2013 soll dazu eine Drucksache vorgelegt werden.

Die Informationsvorlage wurde sowohl im Bauausschuss als auch im Kulturausschuss jeweils zur Kenntnis genommen.

Diese Verfahrensweise schlägt die Kämmerin auch für den Finanzausschuss vor.

Nachfragen seitens der Mitglieder des Finanzausschusses, zur vorgelegten Informationsvorlage, gibt es nicht.

Die anwesenden Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die vorliegende Informationsvorlage INFO 016/13 zur Kenntnis.

TOP 6	Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2013; Stichtag 30.06.2013	INFO 017/13
--------------	---	--------------------

Frau Fricke erläutert die vorliegende Informationsvorlage.

Die Verwerfungen sind im Bericht erläutert. Die größte Verwerfung ist der Einbruch bei der Gewerbesteuer. Diese kann teilweise durch Mehreinnahmen durch die Einkommenssteuer aufgefangen werden. Dies ist bereits im Nachtragshaushalt 2013 berücksichtigt.

Damit muss im Großen und Ganzen gesagt werden, dass die Planansätze, wie sie für den Haushalt 2013 geplant waren, so nicht erreicht werden können.

Die Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses müssen „angezapft“ werden. Die Liquidität entwickelt sich entsprechend. Am Ende des Jahres kann mit einem Stand von 5 Mio. € an Liquidität gerechnet werden können. Dies ist eine Abschmelzung von insgesamt 9 Mio. €.

Unter Beachtung des Neubaus der 3. Grundschule wird planmäßig für 2014 eine Kreditaufnahme erforderlich sein.

Herr Burkardt ist der Meinung, dass das Vorwort sehr „technischer Natur“ ist.

- Frau Dr. Kimpfel nimmt ab 18:50 Uhr an dieser Sitzung teil.
Somit sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Laut Herrn Templin fehlt aus seiner Sicht eine differenzierte Auflistung der Verpflichtungsermächtigungen. Diese sollte mitgeliefert werden, da sie für die Haushaltsbetrachtung relevant sind.

Im Nachtragshaushalt haben sich die Planansätze für 2013, 2014, 2015 und 2016 geändert. Warum ist das so? Liegt dies an der Stichtagsbetrachtung?

Frau Grohs erläutert, dass die Ermächtigungsübertragungen im Einzelnen im Jahresabschluss aufgelistet sind. Eine Auflistung der Ermächtigungsübertragungen wird zukünftig im Quartalsbericht aufgenommen. Sie bedankt sich bei Herrn Templin für diesen Hinweis.

Zur Einkommenssteuer merkt die Kämmerin an, dass die Verwaltung davon ausgeht, dass die Einwohner von Kleinmachnow langfristig hier wohnen bleiben und somit die Einkommenssteuer sich nicht nach unten bewegt.

Die Einbrüche in der Gewerbesteuer 2013/2014 sind laut Frau Grohs, nach jetziger Kenntnis, einmaliger Natur.

Herr Templin äußert den Wunsch, dass die Informationen zur Einkommenssteuer und

die Auswirkungen der Kreisumlage ein extra Punkt im Quartalsbericht sein sollten. Herr Burkardt bittet zur nächsten Haushaltsberatung um eine Aufstellung, welche geplanten Maßnahmen die Voraussetzungen laut KomHKV erfüllen und welche nicht.

Herr Harmsen wünscht eine zusammengefasste Form des Jahresabschlusses an die Mitglieder des Finanzausschusses zu geben. Dies würde zum besseren Verständnis führen.

Auch Herr Burkardt bittet um eine komprimierte Zusammenfassung des Berichtes und dankt an dieser Stelle der Kämmerin Frau Grohs und ihrem Team für die vorgelegten Unterlagen.

Die anwesenden Mitglieder des Finanzausschusses nehmen die vorliegende Informationsvorlage INFO 017/13 zur Kenntnis.

TOP 7	Errichtungsbeschluss für den Erwerb einer Hubarbeitsbühne für die Freiwillige Feuerwehr Kleinmachnow	DS-Nr. 064/13
--------------	---	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde beschließt den Erwerb einer Hubarbeitsbühne als Ersatzbeschaffung für den vorhandenen Gelenkmast. Die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 520.000,00 € (Investitionsauszahlung) und 298.600,00 € (Fördermittel) werden im 1. Nachtragshaushalt 2013 zur Verfügung gestellt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Des Weiteren informiert Sie über das Abstimmungsergebnis im Umweltausschuss. Die Abstimmung erfolgte dort einstimmig mit 5 Ja-Stimmen.

Herr Harmsen fragt nach, was der Grund ist, warum das Projekt nicht wie ursprünglich geplant in 2014 umgesetzt wird, sondern nun schon in 2013.

Frau Grohs informiert, dass hierbei die besondere Situation vorliegt, dass die Beschaffung des Fahrzeuges dem Land Brandenburg obliegt.

Herr Burkardt gibt zu bedenken, dass trotz des geänderten Zuschusses des Landes von nun 60 % (vorher 70 %), der zu zahlende Gesamtpreis der Gemeinde Kleinmachnow geringer ist. Wenn die Gemeinde Kleinmachnow diesen Zuschuss ablehnt, freuen sich andere Gemeinden über den Zuschuss für ein solches Fahrzeug.

Frau Schwarzkopf fragt nach, ob die Anschaffung eines solchen Fahrzeuges wirklich notwendig ist. Aus ihrer Sicht gibt es in Kleinmachnow nur wenige Häuser, wo ein Hubrettungsfahrzeug zum Einsatz kommen könnte. Im Hinblick auf eine mögliche Kreditaufnahme sollte über die Anschaffung dieses Fahrzeuges nochmals nachgedacht werden.

Herr Warnick merkt an, dass sich die Feuerwehren von Kleinmachnow, Teltow und Stahnsdorf aufgeteilt haben, wer welche Technik anschafft. Diese Fahrzeuge werden dann im Notfall allen Feuerwehren zur Verfügung gestellt.

Herr Templin ergänzt die Aussage von Herrn Warnick. Die Anschaffung eines solchen Fahrzeuges wurde schon seit längerem diskutiert. Dieses Fahrzeug wäre zum Beispiel bei einem Notfall im Augustinum dringend erforderlich. Die Gemeinde Kleinmachnow hat nun die Möglichkeit, ein solches Fahrzeug mit einer 60 %igen Förderung zu bekommen. Kleinmachnow gönnt sich damit keinen Luxus, das Fahrzeug wird dringend benötigt.

Herr Harmsen macht nochmals deutlich, dass er nicht gegen die Anschaffung eines solchen Fahrzeuges ist. Dass der Auftrag, offensichtlich durch den Zentraldienst der Polizei Brandenburg erteilt wurde, findet er aber bedenklich.

Herr Tauscher plädiert ausdrücklich für die Anschaffung dieses Fahrzeuges.

- Herr Kleemann nimmt ab 19:20 Uhr an dieser Sitzung teil.
Es sind 7 Gemeindevertreter anwesend.

Auch Herr Christall spricht sich ausdrücklich für die Anschaffung dieses Fahrzeuges aus. Er gibt zu bedenken, dass nicht nur das Augustinum, sondern auch das Rathaus, SenVital, die Schulen usw. dieses Fahrzeug im Ernstfall benötigen würden. Herr Burkardt merkt an, dass vor ca. einem halben Jahr zu diesem Sachverhalt bereits eine Grundsatzdiskussion geführt wurde. Jetzt wird sie wieder geführt. Zur Anschaffung eines solchen Fahrzeuges gibt es bereits einen Beschluss der Gemeindevertretung aus früheren Jahren.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 064/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 064/13 erfolgt mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 8

1. Nachtragshaushaltssatzung und 1. Nachtragshaushaltsplan der Gemeinde Kleinmachnow für das Haushaltsjahr 2013

DS-Nr. 099/13

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage des § 68 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) wird die 1. Nachtragshaushaltssatzung und der 1. Nachtragshaushaltsplan für die Gemeinde Kleinmachnow für das Haushaltsjahr 2013 in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Der vorgelegte Nachtrag wurde in den Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss 3 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Kulturausschuss 6 Ja-Stimmen (einstimmig)

Umweltausschuss 5 Ja-Stimmen (einstimmig)

Maßgaben wurden in keinem Ausschuss formuliert.

Die wesentlichen Punkte, die einen Nachtragshaushalt erforderlich machen, sind:

- der Ankauf des Grundstückes für die Grundschule Auf dem Seeberg / Hort Am Hochwald
- die Kosten für die Errichtung der Grundschule Auf dem Seeberg / Hort Am Hochwald
- der Gehweg Stolper Weg
- die Hubarbeitsbühne
- die Umsetzung der Beschlüsse zur Freibad Kiebitzberge GmbH
- steuerliche Veränderungen

Herr Templin merkt an, dass das von Herrn Burkardt ausgesprochene Lob an die Kämmerin durchaus gerechtfertigt ist. Aus seiner Sicht besteht der vorgelegte Nachtragshaushalt aus zu viel Papier.

Frau Grohs berichtet, dass ein Nachtragshaushalt nach diesem Schema zu fertigen ist. Aus ihrer Sicht ist der Nachtragshaushalt bereits gut zu verstehen, wenn die Seiten 9 bis 20 gelesen werden. Damit erklärt sich eigentlich der Nachtragshaushalt.

Herr Templin fragt zum städtebaulichen Vertrag mit der BBIS nach, wie es mit der Entschädigungszahlung der 3. Grundschule aussieht.

In welcher Weise und vor allem wann wird die Entschädigungszahlung bilanziert werden?

Dazu informiert Frau Grohs, dass es richtig ist, dass eine Summe X als Entschädigungszahlung an die Gemeinde gezahlt werden soll. Dieser Betrag X wird durch einen Gutachter ermittelt. Erst wenn die Zahl X bekannt ist, kann damit „operiert“ werden.

Frau Schwarzkopf bestätigt die Aussage von Frau Grohs und ergänzt dahingehend, dass seitens der BBIS ein Gutachter gestellt werden wird. Dieser Gutachter und der von der Gemeinde werden nicht unbedingt der gleichen Meinung sein. Die Gutachter werden aber erst bei Auszug aus der Schule ein Gutachten erstellen.

- Herr Baumgraß nimmt ab 19:40 Uhr an dieser Sitzung teil.
Somit sind 8 Gemeindevertreter anwesend.

Herr Templin wird dem vorgelegten Nachtrag zustimmen. Er möchte gern abschließend wissen, ob eine Kreditaufnahme für 2014 vorgesehen ist? Für welchen Zeitraum soll der Kredit aufgenommen werden und in welcher Höhe? Müssen es wirklich 3 Mio. € sein?

Herr Burkardt schließt sich den Fragen an und fragt gezielt nach, ob der Kredit wirklich benötigt wird?

Laut der Kämmerin, Frau Grohs, ist nach heutiger Sicht eine Kreditaufnahme notwendig. Die Liquidität schrumpft zum 31.12.2014 auf 1,3 Mio. €. Eine dauernde Leistungsfähigkeit muss gewährleistet werden. Am 15. Januar ist bereits die Zahlung der Kreisumlage fällig.

Sie könnte sich beispielsweise einen KfW-Kredit, mit einer Laufzeit von 10 Jahren und mit der Möglichkeit einer Sondertilgung, vorstellen. Aber es wird eine Ausschreibung geben.

Herr Burkardt sieht es nicht so, dass zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit im Jahr 2014, neben den Möglichkeiten eines Kassenkredites, ein langfristiger Investitionskredit aufgenommen werden muss.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 099/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 099/13 erfolgt einstimmig mit 8 Ja-Stimmen.

TOP 9	Installation einer einheitlichen Brandmelde- und Alarmierungsanlage in der Eigenherd-Schule Kleinmachnow nebst Sporthalle und angeschlossenen Hort	DS-Nr. 047/13/1
--------------	---	------------------------

Beschlussvorschlag:

1. An der Eigenherd-Schule wird eine einheitliche Brandmelde- und Alarmierungsanlage für das Schulgebäude und seine Erweiterungsbauten einschließlich Hort und Sporthalle installiert.
2. Hierfür werden im Haushalt 2014 Mittel in Höhe von 115.000,00 € bereitgestellt, von denen 25.300,00 € (22 %) aus dem Wirtschaftsplan des Kita-Verbundes refinanziert werden.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Beschlussvorlage.

Die vorgelegte Drucksache wurde in den Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:
Bauausschuss 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltung
Kulturausschuss 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung
Maßgaben wurden in keinem Ausschuss formuliert.

Frau Schwarzkopf merkt an, dass sie sich gegen diese Drucksache aussprechen wird. Der vorliegenden Drucksache ist zu entnehmen, dass die Eigenherd-Schule aus mehreren Gebäudeteilen besteht. In allen Gebäudeteilen sind die bauordnungsrechtlichen Anforderungen, auch die des Brandschutzes, umgesetzt wurden. Somit ist die Brandschutzbestimmung derzeit angemessen und die Schule ist sicher.

Herr Tauscher stellt fest, dass sich die Begründung in der ersten vorgelegten Drucksache zu der heute vorliegende Drucksache in der Qualität (die Qualität der Anlagen) verändert hat. In der ersten Fassung vom 16. Mai 2013 steht: „Die Prüffähigkeit durch Prüfsachverständige ist nicht gegeben.“ Zu diesem Zeitpunkt hätte der Schulbetrieb eingestellt werden müssen.

In der neuen Begründung wird auf die Vorteile der automatischen Brandmeldeanlage Bezug genommen.

Die CDU-Fraktion wird sich heute bei der Abstimmung enthalten, weil noch Fragen innerhalb der Fraktion besprochen werden sollen.

Für Frau Schwarzkopf erscheint es unnötig, dass nun eine zweite Firma die Brandmeldeanlage einbauen soll.

Herr Templin spricht sich für diese Drucksache aus. Die Sinnhaftigkeit dieser Anlage wurde bereits im Kulturausschuss und auch im Finanzausschuss diskutiert.

Frau Dr. Kimpfel gibt zu Protokoll:

Ich bitte die Verwaltung, bis zum Hauptausschuss zu informieren, welche Firma die erste Brandmeldeanlage eingebaut hat und warum sie nicht noch einmal genommen wurde und welche zweite Firma, die Anlage jetzt nachrüsten soll.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 047/13/1 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 047/13/1 erfolgt mit 2 Ja-Stimme, 2 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

TOP 10

Errichtungsbeschluss zur Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Weinbergviertel (Im Tal, Winzerweg, Am Weinberg)

DS-Nr. 020/13

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt die Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage für die Straßen „Im Tal“, „Winzerweg“ und „Am Weinberg“ entsprechend der Entwurfsplanung des Ingenieurbüros PIT vom 01.08.2013 (Anlage 1).

Als Leuchtentyp wird die Leuchte Richard IV, RAL 6005, moosgrün (Anlage 2) mit NAV (Natriumdampf-Hochdrucklampe) bestückt verwendet.

Die noch fehlenden Mittel in Höhe von 10.000,00 € sind im Haushaltsjahr 2014 einzustellen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Die vorgelegte Drucksache wurde in den Fachausschüssen wie folgt abgestimmt:

Bauausschuss 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltung

Umweltausschuss 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltung

Maßgaben wurden in keinem Ausschuss formuliert.

Frau Dr. Kimpfel gibt zu Protokoll:

Wir haben ja festgestellt, dass ist ein Denkmal. Ich habe in ganz Kleinmachnow nicht gesehen das es irgendeine Straße gibt, wo sich eine Schule befindet oder die in einer vergleichbaren Breite ist, wo sich auf beiden Seiten Laternen befinden. Gerade weil es ein Denkmal ist, sollten wir das im alten Zustand belassen. Das heißt wir verjüngen die Abstände der Laternen aber wir machen das jetzt nicht auch noch beidseitig. Es ist auch im Angesicht dessen, dass wir Energie sparen wollen. Es macht auch wenig Sinn und die Begründung des Ingenieurbüros, die das erarbeitet haben, die haben gesagt, es würden eben Schulkinder dort in sehr großer Zahl laufen. Aber die wenigen Stunden im Winter, wo sie im Dunkeln laufen, glaube ich nicht, dass das rechtfertigt ein Jahr lang diese Laternen in Zweierreihe laufen zu lassen. Und wir lassen auch gerade Kinder in der Grundschule auf einer Seite nur mit Straßenbeleuchtung laufen, ohne diese massive Beleuchtung. Es macht für mich keinen Sinn und deshalb kann ich das nur ablehnen.

Herr Tauscher macht an dieser Stelle darauf aufmerksam, dass es sich um inhaltliche Diskussionen handelt, die nicht zwingend für den Finanzausschuss relevant sind.

Er hat die Information, dass sich die betreffenden Anwohner mehrheitlich dafür ausgesprochen haben.

Frau Dr. Kimpfel widerspricht dieser Aussage. Sie ist der Meinung, dass die Anwohner nicht darüber informiert wurden, dass die Laternen in Zweierreihe laufen sollen. Sie sind nur darüber informiert worden, dass die Laternen auf einer Seite aufgestellt werden sollen. Sie würde es begrüßen, wenn die Anwohner informiert würden, so dass sie zum Hauptausschuss und zur Gemeindevertretersitzung kommen können.

Frau Dr. Kimpfel formuliert eine Maßgabe.

Maßgabe:

Die Straßenbeleuchtung möge entsprechend dem ursprünglichen Zustand gebaut werden, d.h. die Laternen auf der Seite laufen lassen, wo sich die Schule befindet.

Frau Zulla fragt nach, warum in diesem Fall, bei einer Haupteinzelstraße der Anliegeranteil 50 % ist und in Dreilinden der Anliegeranteil bei 60 % liegt. Ist dies nicht einheitlich?

Herr Tauscher und Frau Grohs informieren, wenn es sich um eine Haupteinzelstraße handelt, liegt der Anwohneranteil bei 50 % und wenn es eine Anwohnerstraße ist, liegt der Anteil bei 60 %. Darin liegt der Unterschied.

Herr Warnick stellt die formulierte Maßgabe von Frau Dr. Kimpfel zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Maßgabe erfolgt mit 2 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung. Damit ist die Maßgabe abgelehnt.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 020/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 020/13 erfolgt mit 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

TOP 11	Errichtungsbeschluss zum Straßenbau mit Beleuchtung "Tannengrund"	DS-Nr. 085/13
---------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Herstellung der Straßenverkehrsanlage und der Erneuerung der Straßenbeleuchtung in der Straße „Tannengrund“ zu und beschließt nachfolgendes Bauprogramm:

1. in der Straße „Tannengrund“ wird die Fahrbahnbefestigung erstmalig hergestellt und die Straßenbeleuchtung erneuert (siehe Anlage 2 und 3).
2. Der Konstruktionsaufbau der Straße wird entsprechend Straßenquerschnitt (Anlage 3) hergestellt. Die Fahrbahnbreite beträgt 4,50 m und die Oberflächenbefestigung erfolgt in Asphalt und seitlich werden Entwässerungsmulden angelegt. Die Grundstückzufahrten werden in Rechteckbetonsteinpflaster ausgeführt.
3. Für die Straßenbeleuchtung wird der Lampentyp Richard IV der Firma Leipziger Leuchten GmbH in der Farbe RAL 6005 (moosgrün) verwendet (Anlage 4) und mit dem Leuchtmittel LED ausgestattet.

Die finanziellen Mittel sind im Haushaltsjahr 2014 zu veranschlagen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Die vorgelegte Drucksache wurde im Bauausschuss mit 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgestimmt. Eine Maßgabe wurde nicht formuliert.

Herr Warnick schlägt vor, dass die Drucksachen DS-Nr.: 085/13 und DS-Nr.: 086/13 zusammen diskutiert, jedoch einzeln abgestimmt werden.

Frau Dr. Kimpfel gibt zur DS-Nr.: 086/13 zu Protokoll:

Die Verwaltung hat sich leider sehr Anwohnerunfreundlich verhalten. Ein Anwohner hat dort ein Grundstück gekauft mit Straßenland und war vorher bei der Bauverwaltung und hat nachgefragt was mit der Straße passiert. Da hieß es dann auch, kaufen sie das Grundstück, hier kommt keine Straße hin die nächsten Jahre. Dann hat der Anwohner dieses Straßenland für 150,00 €/m² gekauft. Dann hat sich doch nach fünf Jahren nun das ergeben, dass wir jetzt hier bauen wollen und daraufhin hat der Anwohner gefragt ob man nicht die Straße etwas verschwenken kann, so dass nur seine Ecke weggeschnitten wird. Das wurde ihm zugesagt und als es dann praktisch durch den Hauptausschuss gegangen ist, der Grundsatzbeschluss, hieß es dann, ja jetzt nun macht es das Liegenschaftsamt, interessiert uns jetzt alles nicht mehr, ist vorbei und vergessen. Es spricht nichts dagegen, es ist eine Straße gewesen und er hat Straßenland gekauft. Er ist zur Verwaltung gegangen und hat sich informiert. Mit welcher Begründung sagt die Verwaltung eben nicht, lieber Mann sie kaufen Straßenland, überlegen sie sich das. Dieses Verhalten der Verwaltung finde ich persönlich sehr schade, weil es einfach Verdrossenheit hervorruft. Der Mann ist einfach wahnsinnig enttäuscht. Als Entgegenkommen gibt ihm jetzt die Verwaltung, obwohl er 150,00 €/m² gezahlt hat, nun 10,00 €/m². Sehr schade, unnötig und auch nicht sehr bürgerfreundlich.

Frau Zulla möchte wissen, was mit Parkplätzen für Waldspaziergänger ist. Zahlen das auch die Anwohner?

Herr Harmsen erläutert, als seinerzeit der Grundsatzbeschluss gefasst wurde, waren betroffene Anwohner im Finanzausschuss. Diese berichteten, dass dort alte Straßen vorhanden waren. Ist dies juristisch klar, mit diesen Prozentsätzen, die in der Drucksache genannt sind, oder handelt es sich um eine grundhafte Erneuerung?

Dazu erläutert Frau Grohs, dass sie davon ausgeht, dass das zuständige Fachamt dies entsprechend geprüft hat und die richtigen Grundlagen in den Beschluss eingefügt hat.

Laut Herrn Harmsen ist eine unklare Formulierung gewählt worden. Er bezieht sich auf die Begründung, wo es lautet: „Offene Bürgerfragen konnten zwischenzeitlich geklärt werden.“ Könnte es da noch ein juristisches Problem geben?

Frau Grohs geht davon aus, dass die offenen Fragen der Anwohner zwischenzeitlich geklärt sind.

Herr Burkardt teilt mit, dass er sich die dortigen „Straßenverhältnisse“ einmal angesehen hat. Die Annahme, dass sich dort eine Straße mal befunden haben soll, wird durch die Wirklichkeit nicht bestätigt.

Frau Dr. Kimpfel bittet die Verwaltung zum Hauptausschuss zu informieren, ob es rechtliche oder juristische Probleme gibt oder nicht. Sind alle Bedenken ausgeräumt?

Herr Templin stellt die Maßnahme als solches nicht in Frage. Für die finanzielle Situation ist es aber wichtig zu wissen, ob möglicherweise Rechtsstreitigkeiten auf die Gemeinde zukommen könnten.

Ist der genannte Fachanwalt, Herr Dr. Bäcker, für die Verwaltung tätig?

Frau Grohs teilt mit, dass dieser Anwalt die Gemeinde vertritt.

Herr Tauscher merkt an, dass es an der Zeit ist, dass Dreilinden endlich ordentliche Straßenverhältnisse bekommt. Zur Anfrage „Parkmöglichkeiten für Spaziergänger“ teilt Herr Tauscher mit, dass dazu in der Begründung zur Drucksache DS-Nr.: 085/13 Bezug genommen wird: „Anlieger und Ausschussmitglieder haben angeregt, Parkmöglichkeiten zum Abstellen von PKWs für Waldspaziergänger vorzusehen. Am Ende der Straße Teerofendamm werden deshalb die bisherigen Abstellflächen als geordnete Parkmöglichkeiten verbessert.“

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 085/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 085/13 erfolgt einstimmig mit 8 Ja-Stimmen.

TOP 12	Errichtungsbeschluss zum Straßenbau mit Beleuchtung "Rehwinkel und Römerbrücke"	DS-Nr. 086/13
---------------	--	----------------------

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Herstellung der Straßenverkehrsanlage und der Erneuerung der Straßenbeleuchtung in den Straßen „Rehwinkel“ und „Römerbrücke“ zu und beschließt nachfolgendes Bauprogramm:

1. in den Straßen „Rehwinkel“ und „Römerbrücke“ wird die Fahrbahnbefestigung erstmalig hergestellt und die Straßenbeleuchtung erneuert (siehe Anlage 2 und 3).
2. Der Konstruktionsaufbau der Straße wird entsprechend Straßenquerschnitt (Anlage 3) hergestellt. Die Fahrbahnbreite beträgt 4,25 m bis maximal 5,00 m an Ausweichstellen und die Oberflächenbefestigung erfolgt in Asphalt und

seitlich werden Entwässerungsmulden angelegt. Die Grundstückzufahrten werden in Rechteckbetonsteinpflaster ausgeführt.

3. Für die Straßenbeleuchtung wird der Lampentyp Richard IV der Firma Leipziger Leuchten GmbH in der Farbe RAL 6005 (moosgrün) verwendet (Anlage 4) und mit dem Leuchtmittel LED ausgestattet.

Die finanziellen Mittel sind im Haushaltsjahr 2014 zu veranschlagen.

Frau Grohs informiert über das Abstimmungsergebnis im Bauausschuss. Die vorgelegte Drucksache wurde im Bauausschuss mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung abgestimmt. Eine Maßgabe wurde nicht formuliert.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 086/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 086/13 erfolgt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

TOP 13	Errichtungsbeschluss zum Gehwegbau "Meiereifeld und Uhlenhorst zwischen Zehlendorfer Damm und Ernst-Thälmann-Straße" DS-Nr. 087/13/1
---------------	---

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung stimmt der Entwurfsplanung zur Befestigung der Gehwege in der Straße Meiereifeld und im südlichen Bereich der Straße Uhlenhorst sowie der Erneuerung der Straßenbeleuchtung zu und beschließt nachfolgendes Bauprogramm:

1. Die Gehwege und die Straßenbeleuchtung in der Straße „Meiereifeld“ vom Bannwald bis zum Zehlendorfer Damm und in der Straße „Uhlenhorst“ von der „Ernst-Thälmann-Straße“ bis zum Bannwald werden grundhaft erneuert (siehe Anlage 1-Lagepläne 1- 3 mit gelber Linienkennzeichnung der Gehwegerneuerung und roter Sternkennzeichnung für Lampenstandorte)
2. Die Gehwege werden in einer Breite von 1,20m mit grauem Betonsteinpflaster befestigt, der Unterbau erfolgt entsprechend Regelquerschnitt Anlage 2.
3. Vorhandene Streckenabschnitte mit bereits rekonstruierten und verwendbaren Naturstein- bzw. Betonsteinpflasterbelägen bleiben bestehen.
4. Für die Straßenbeleuchtung wird der Lampentyp Richard IV der Firma Leipziger Leuchten GmbH in der Farbe RAL 6005 /moosgrün verwendet(Anlage 3) und mit dem Leuchtmittel LED ausgestattet.
5. Die Grundstückzufahrten werden in Granitkleinsteinpflaster hergestellt (siehe Anlage 1 – Lagepläne 1-3 mit grauer Kennzeichnung der Grundstückzufahrten).

Die finanziellen Mittel sind im Haushaltsjahr 2014 zu veranschlagen.

Herr Warnick informiert, dass Herr Alfred Weigert um Rederecht gebeten hat.
Herr Warnick lässt darüber abstimmen.
Die Abstimmung erfolgt einstimmig mit 8 Ja-Stimmen.

Herr Weigert bedankt sich für das Rederecht. Herr Weigert spricht nach seiner Meinung nicht nur in eigener Sache, sondern auf Wunsch und Bitten eines großen Anteiles von Anwohnern der Straße.

Er informiert, dass in der vorgelegten Drucksache geschrieben wurde, dass am 21. Mai 2013 eine Informationsveranstaltung durchgeführt wurde. Dies ist in der dargelegten Form nicht richtig. Richtig ist zwar, dass es eine solche Veranstaltung gab. Da wurde auch informiert, dass die Gehwege erneuert werden sollen. Mehr Informationen gab es nicht.

Herr Weigert macht deutlich, dass sich die Bewohner nicht informiert fühlen und bisher aus seiner Sicht auch nicht beteiligt wurden.

Grundsätzlich stehen die Anwohner einer Gehwegbefestigung aufgeschlossen gegenüber. Hauptproblem der Anwohner ist jedoch der Lärm. Die Anwohner bitten die Gemeinde darum, nun aufgrund der gesamten Missstände, insbesondere dem ganzen Erschließungsverkehr, Durchgangsverkehr und Wirtschaftsverkehr, Maßnahmen zu ergreifen, die hier eine spürbare Beruhigung mit sich bringen.

Des Weiteren geht es um die Erneuerung der Straßenbeleuchtung. In der stattgefundenen Informationsveranstaltung war dies erst einmal nur ein Gedanke. In der vorgelegten Drucksache wird ausgeführt, die vorhandene Straßenbeleuchtung sei schon 30 Jahre alt und verschlissen. Laut Herrn Weigert kann durchaus von einer 60 bis 70-jährigen Abschreibung bei Straßenlaternen ausgegangen werden.

Er merkt an, dass es einer Drucksache nicht angemessen ist, derartig zu argumentieren mit Behauptungen, die sehr schnell zu widerlegen sind.

Abschließend bittet Herr Weigert die hier anwesenden Gemeindevertreter, die Meinung der Anwohner zu berücksichtigen und dafür zu sorgen, diese Vorlage von der Verwaltung spezifizieren zu lassen. Die Anwohner sollten besser beteiligt werden.

Herr Warnick gibt den Hinweis, dass der Finanzausschuss über finanzielle Aspekte zu entscheiden hat. Detailfragen sind in erster Linie durch den Bau- und Umweltausschuss zu beantworten.

Herr Tauscher merkt an, dass diese Drucksache nicht im Umweltausschuss behandelt wurde.

Frau Dr. Kimpfel schließt sich dem vortragenden Bürger an und teilt mit, dass auch dieses Verhalten der Verwaltung wieder nicht bürgerfreundlich ist.

Die vorgelegte Drucksache sollte von der Verwaltung überarbeitet werden.

Auch Herr Templin ist der Meinung, dass die fachliche Diskussion nicht in den Finanzausschuss gehört. Er spricht sich aber dafür aus, dass den betreffenden Bürgern durchaus mehrere mögliche Varianten vorgelegt werden sollten und diese sind auch zu beteiligen.

Er wird der vorgelegten Drucksache nicht zustimmen.

Frau Grohs informiert an dieser Stelle über das Abstimmungsergebnis im Bauausschuss.

Die vorgelegte Drucksache wurde im Bauausschuss mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung abgestimmt. Es wurden folgende Maßgaben formuliert:

„1. Der Punkt 2 der Beschlussempfehlung wird wie folgt geändert: „Die Gehwege werden in einer Breite von 1,20 m mit Mosaiksteinpflaster befestigt, der Unterbau erfolgt entsprechend Regelquerschnitt Anlage 2“.

1. Es ist zusätzlich in die Beschlussempfehlung der Punkt 6 aufzunehmen: „Die Ausführung bedarf eines gesonderten Beschlusses durch die Gemeindevertretung.““

Die Abstimmung der Maßgaben erfolgte im Bauausschuss mit 4 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung.

Herr Tauscher vertritt die Meinung, dass anhand der hier geführten Diskussion erkennbar ist, dass noch Klärungsbedarf besteht. Er wird der vorliegenden Drucksache nicht zustimmen.

Herr Warnick stellt die Drucksache DS-Nr.: 087/13/1 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 087/13/1 erfolgt mit 2 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen.

TOP 14

Installation von Fahrradbügeln an Bushaltestellen (Bike + Ride)

DS-Nr. 074/13

Beschlussvorschlag:

Zur Umsetzung weiterer im „Masterplan Fahrrad Kleinmachnow“ vorgeschlagener Maßnahmen beschließt die Gemeindevertretung an den in den Anlagen 1 – 9 dargestellten Standorten Fahrradanhängerbügel aufstellen zu lassen.

Die finanziellen Mittel in Höhe von 21.120,00 € sind im Haushalt 2014 einzustellen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Die vorgelegte Drucksache wurde im Bauausschuss einstimmig mit 5 Ja-Stimmen abgestimmt. Eine Maßgabe wurde nicht formuliert.

Herr Warnick informiert, dass in der letzten Sitzung der KAT ein interessanter Vortrag zum Thema E-Bike-Routen vorgetragen wurde. E-Bike liegen stark im Trend. Es wurde aber auch über die entstehenden Probleme gesprochen. E-Bikes sind sehr teuer und entsprechende „Parkplätze“ mit einer besonderen Sicherungsmöglichkeit der E-Bikes fehlen noch.

Wurde seitens der Verwaltung schon über solche „Parkplätze“ nachgedacht?

Herr Tauscher spricht sich für diese Drucksache aus. Es ist eine weitere Umsetzung des „Masterplan Fahrrad Kleinmachnow“.

Auch Herr Templin hält dies für eine sinnvolle Maßnahme und wird daher auch zustimmen. Die Anzahl erscheint ihm jedoch zu gering und die Kosten dafür zu hoch.

Herr Warnick stellt somit die Drucksache DS-Nr.: 074/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 074/13 erfolgt einstimmig mit 8 Ja-Stimmen.

TOP 15

Zuwendung zum ÖPNV-TKS-Netz

DS-Nr. 093/13

Beschlussvorschlag:

Die zwischen dem Landkreis Potsdam-Mittelmark, der Stadt Teltow, der Gemeinde Kleinmachnow und der Gemeinde Stahnsdorf für die Jahre 2011, 2012 und 2013 geschlossene Verwaltungsvereinbarung über die Finanzierung des Buskonzeptes „TKS-2010 – Die Region im neuen Takt“ sowie zur Erbringung von Leistungen des übrigen öffentlichen Personennahverkehrs (ü. ÖPNV) in der Region Teltow-Kleinmachnow-Stahnsdorf endet zum 31.12.2013.

Zur Erhaltung der Qualität des öffentlichen Busangebotes in der Region (ÖPNV-TKS-Netz) ist es erforderlich, auch im Jahr 2014 Zuwendungen in gleicher Höhe wie bisher

an den Landkreis Potsdam-Mittelmark zu leisten.

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Kleinmachnow beschließt deshalb, die erforderlichen Mittel in Höhe von 177.000,00 Euro in ihren Haushalt 2014 einzustellen.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Bürgermeistern der Stadt Teltow und der Gemeinde Stahnsdorf, die Verwaltungsvereinbarung mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark für 2014 abzuschließen.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Die vorgelegte Drucksache wurde im Umweltausschuss einstimmig mit 6 Ja-Stimmen abgestimmt. Eine Maßgabe wurde nicht formuliert.

Her Templin wird der Drucksache zustimmen. Aus seiner Sicht sollte das Geld wirklich in das ÖPNV-TKS-Netz investiert werden und nicht etwa in irgendwelche Entflechtungsgutachten oder Anwaltskosten.

Herr Burkardt teilt mit, dass die Havelbusgesellschaft das Geld für die Erbringung der Verkehrsleistungen, bekommt. Die Kosten für die Auflösung müssen die Gesellschafter tragen.

Frau Schwarzkopf hat folgende Anmerkung/Anregung:

An der Anzeige in Berlin-Zehlendorf, die die einfahrenden Busse anzeigt, wird leider nicht die Havelbusgesellschaft angezeigt. Sie bittet darum, sich dafür einzusetzen, dass dies geändert werden kann.

Herr Warnick stellt somit die Drucksache DS-Nr.: 093/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 093/13 erfolgt einstimmig mit 8 Ja-Stimmen.

TOP 16

1. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Freibad Kiebitzberge GmbH

DS-Nr. 102/13

Beschlussvorschlag:

Der Änderung in § 7 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Freibad Kiebitzberge GmbH, wonach die Gesellschaft einen oder mehrere Geschäftsführer hat, wird zugestimmt.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.

Die Änderung begründet sich aus dem Hinweis der beurkundenden Notarin. Daraufhin wurde die Kommunalaufsicht nochmals angeschrieben und nachgefragt, ob es Bedenken gibt. Die Kommunalaufsicht regt aus formellen Gründen an, den geänderten Beschluss einzubringen.

Herr Baumgraß fragt nach, ob es für die Gemeinde finanzielle Auswirkungen hat. Laut Frau Grohs hat es für die Gemeinde Kleinmachnow keine finanziellen Auswirkungen.

Auch Frau Schwarzkopf merkt an, dass diese Vertragsänderung momentan keine finanziellen Auswirkungen hat, erst wenn ein zweiter Geschäftsführer hinzukommen sollte, wäre dies der Fall.

Herr Warnick macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um ein „kann“ und nicht um ein „muss“ handelt. Die Gesellschaft „kann“ einen zweiten Geschäftsführer bestellen, „muss“ aber nicht.

Frau Schwarzkopf glaubt, dass es eine verkehrte Sichtweise ist. Wenn die Möglichkeit eingeräumt ist, einen zweiten Geschäftsführer zu bestellen, befürchtet sie, dass die Gemeindevertreter irgendwann vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wie nun bei der gewog. Die gewog hat jetzt auch einen zweiten Geschäftsführer.

Sie spricht sich gegen diese Drucksache aus.

Herr Burkardt ist über die Information erstaunt und macht deutlich, dass der Gesellschafter der gewog darüber mindestens hätte informieren müssen, dass es jetzt einen zweiten Geschäftsführer gibt. Er bittet daher für den kommenden Hauptausschuss um Aufnahme eines Tagesordnungspunktes „Bestellung eines 2. Geschäftsführers – gewog“.

Frau Grohs zitiert aus der Begründung der vorliegenden Drucksache: „Bei der Bestellung eines zweiten Geschäftsführers sind die Mitwirkungsrechte abgesichert. Zunächst bedarf die Bestellung eines Geschäftsführers nach § 10 Abs. 1 Ziff. b der Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung. Nach § 10 Abs. 8 werden Gesellschafterbeschlüsse einstimmig gefasst. Nach § 9 Abs. 3 gibt der Aufsichtsrat zudem eine Empfehlung zur Einstellung bzw. Bestellung eines Geschäftsführers an die Gesellschafterversammlung. Auch über den Aufsichtsrat ist daher die Mitwirkung abgesichert.“

Die Gesellschafterversammlung entscheidet also über eine eventuelle Bestellung eines weiteren Geschäftsführers.

Dazu merkt Herr Burkardt an, wenn es so geschrieben steht, dann ist es schlicht falsch. Über den Aufsichtsrat können sie keine Mitwirkung der Gemeindevertretung absichern. Der Aufsichtsrat ist der Gesellschaft verpflichtet und nicht dem Gesellschafter.

Herr Warnick stellt somit die Drucksache DS-Nr.: 102/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 102/13 erfolgt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

TOP 17

Prolongation des Kreditvertrages Nr. 160 019 550 für das Entwicklungsgebiet "Wohnen und Arbeiten" und Erteilung einer Bürgschaft durch die Gemeinde Kleinmachnow

DS-Nr. 101/13

Beschlussvorschlag:

Der Prolongation des zwischen der Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow (P&E) und der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) abgeschlossenen Kreditvertrages

ILB Nr.: 160 019 550 über 2.000.000,00 EUR

als ein endfälliges Darlehen mit einer Laufzeit bis zum 30.12.2018 wird zugestimmt.

Die Gemeinde übernimmt in gleicher Höhe eine Ausfallbürgschaft.

Frau Grohs erläutert die vorliegende Drucksache.
Nachfragen seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine.

Herr Warnick stellt somit die Drucksache DS-Nr.: 101/13 zur Abstimmung.

Die Abstimmung der Drucksache DS-Nr.: 101/13 erfolgt einstimmig mit 8 Ja-Stimmen.

TOP 18	Sanierung des denkmalgeschützten Gebäudes Karl-Marx-Straße 117	INFO 014/13
---------------	---	--------------------

Frau Grohs erläutert die vorliegende Informationsvorlage.
Diese Informationsvorlage wurde vom Bauausschuss und vom Kulturausschuss jeweils zur Kenntnis genommen.

Herr Baumgraß gibt zu Protokoll:

Dies sind ungefähr 120 bis 130 m² von dem Häuschen, bei knapp 480.000,00 €. Das sind knappe 4.000,00 €/m² Sanierungskosten. Das halte ich schon für sehr viel. Das ist eigentlich überdimensioniert. Da sollte nochmals darüber nachgedacht werden.

Frau Dr. Kimpfel berichtet, dass darüber im Bau- und Kulturausschuss diskutiert und empfohlen wurde, dass nur eine erhaltungssichernde Maßnahme durchgeführt wird. Auch Herr Templin bestätigt, dass der Kulturausschuss eine „Zug um Zug Sanierung“ empfohlen hat.

Auch Herr Burkardt kann nur einer Substanzerhaltungsmaßnahme zustimmen und mehr derzeitig nicht. Er appelliert an einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern.

Frau Schwarzkopf kann nicht nachvollziehen, warum ein Kachelofen durch einen Plattenheizkörper ersetzt werden soll. Es handelt sich hierbei um ein denkmalgeschütztes Gebäude. Auch sie findet eine „Zug um Zug Sanierung“ sinnvoll.

TOP 19	Anfragen an die Verwaltung
---------------	-----------------------------------

Herr Harmsen möchte von der Verwaltung wissen, ob sie zukünftig beabsichtigt, Prognoserechnungen für das 1. Quartal zu erstellen und dem Finanzausschuss zur Verfügung zu stellen.

Frau Grohs hält einen Quartalsbericht zum 30. März eines jeden Jahres für nicht sinnvoll und nicht aussagefähig.

Herr Harmsen erinnert an die Beschlussvorlage, die etwas anderes aussagt, nämlich zum 1. Quartal einen Quartalsbericht vorzulegen.

Aus seiner Sicht handelt die Verwaltung nicht Beschlusskonform. Er fordert die Verwaltung deshalb auf, einen Beschluss einzubringen, den alten Beschluss zu ändern.

Frau Grohs bedankt sich für den Hinweis und die Anregung.

TOP 20	Sonstiges
---------------	------------------

Frau Grohs informiert darüber, dass der Verwaltung die Eintragungsmitteilung für das Erbbaurecht für den Tennisclub zugegangen ist.

Des Weiteren ist die Eintragung für das Freibad Kiebitzberge GmbH erfolgt. Das heißt, sie ist nicht mehr i. G. (in Gründung) sondern ist nun offiziell die Freibad Kiebitzberge GmbH.

In der kommenden Woche tagt der Rechnungsprüfungsausschuss. Der Jahresabschluss 2012 steht zur Beratung auf der Tagesordnung. Am 19. September 2013 soll der Jahresabschluss für das Jahr 2012 durch die Gemeindevertretung beschlossen werden.

Zur Kirche im Alten Dorf informiert Frau Grohs, dass die Verwaltung mit der Kirche zusammenarbeitet und Abstimmungen getroffen hat, dass die entsprechenden Gutachten für die Grundstücke erarbeitet werden sollen.

Herr Templin fragt nach, aus welchen Mitteln die Erstellung eines Wertgutachtens

finanziert wird?

Frau Grohs informiert dazu, dass es sich hierbei um Gutachterkosten handelt und diese sind im Haushalt unter Sachverständigenkosten geplant. Diese finden sich im Ergebnisplan wieder.

Kleinmachnow, den 15.10.2013

Klaus-Jürgen Warnick
Vorsitzender des Finanzausschusses

Anlagen

Liste der offenen Festlegungen

Anwesenheitsliste

Anlage zum Protokoll Nr. 40

- **Offene Festlegungen aus der vorangegangenen Beratung**

	aus dem Protokoll Nr. 35	
F 81/35.12	Die Verwaltung möge eine Aufstellung der Investitionen (Bau und Ausstattung) für die drei Grundschulen und den KITA's in den letzten 8 Jahren erarbeiten und was in den nächsten 5 Jahren noch zu erwarten ist.	Termin: September 2013 Frau Konrad
	aus dem Protokoll Nr. 40	
F 90/40.13	Die Verwaltung möge zur nächsten Haushaltsberatung eine Aufstellung vorlegen, welche geplanten Maßnahmen die Voraussetzungen laut KomHKV erfüllen und welche nicht.	Termin: nächste Haushaltsberatung Frau Grohs
	aus dem Protokoll Nr. 40	
F 91/40.13	Die Verwaltung möge eine zusammengefasste Form des Jahresabschlusses an die Mitglieder des Finanzausschusses geben.	Termin: 17.10.2013 Frau Grohs
	aus dem Protokoll Nr. 40	
F 92/40.13	Die Verwaltung möge zum Hauptausschuss informieren, ob es rechtliche oder juristische Probleme gibt oder nicht. Sind alle Bedenken ausgeräumt? (Errichtungsbeschluss zum Straßenbau mit Beleuchtung „Tannengrund“ – DS-Nr.: 085/13)	Termin: Hauptausschuss Frau Neidel
	aus dem Protokoll Nr. 40	
F 93/40.13	Die Verwaltung möge bis zum Hauptausschuss informieren, welche Firma die erste Brandmeldeanlage in der Eigenherd-Schule eingebaut hat und warum sie nicht noch einmal genommen wurde bzw. welche jetzt die zweite Firma ist, die nachrüsten soll.	Termin: Hauptausschuss Frau Neidel